

Vergabenummer
25-2000064201

Leistung
Mainframe Infrastruktur-Wartungsservice bei der Deutschen Bundesbank

Verfahrensart
Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Inhaltsverzeichnis Teilnahmeantrag

Datei	Bezeichnung	Bearbeitungshinweis
T	Teilnahmewettbewerb	
T00	Verfahrenshinweise	zur Beachtung
T01	Teilnahmeantrag	ausgefüllt einzureichen
T02	Eigenerklärung Eignung (Vordruck 11078 II)	ausgefüllt einzureichen
T03	Eignungsmatrix	zur Beachtung
T04	Eignungskriterien	ausgefüllt einzureichen
T05	Skillmatrix als Nachweis zur Eignung (vertraulich)	ausgefüllt einzureichen
T06	Eigenerklärung Russlandsanktionen	ausgefüllt einzureichen
T07	Erklärung zur Bildung einer ARGE (Vordruck 11031)	ausgefüllt einzureichen, sofern zutreffend
T08	Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen (Vordruck 11029 c)	
T09	Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Vordruck 11029 d)	
T10	- B1 Leistungsbeschreibung - B1.1 Anhang 1 zu T10_B1 Liste der Softwareprodukte (vertraulich) - B1.2 Anhang 2 zu T10_B1 Grafische Darstellung der Infrastruktur (vertraulich)	zur Beachtung
T11	Datenschutzhinweis (Vordruck 11002-1)	zur Beachtung
T12	Ausfüllhinweise	zur Beachtung

T13	Verpflichtung zur Vertraulichkeit	ausgefüllt und unterschrieben einzureichen
-----	-----------------------------------	--

1 Verfahrenshinweise

1.1 Teilnahmeunterlagen

Im Teilnahmewettbewerb werden die im Inhaltsverzeichnis enthaltenen Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Hinweis: Die mit „vertraulich“ gekennzeichneten Dokumente „T05“, „T10_B1.1 Anhang 1 zu T10_B1“, „T10_B1.2 Anhang 2 zu T10_B1“ werden erst zur Verfügung gestellt, nachdem der Bewerber das Dokument „T13_Verpflichtung_zur_Vertraulichkeit“ unterschrieben und eingescannt über das Deutsche Vergabeportal (DTVP) im Bereich Kommunikation eingereicht hat.

Weitere Informationen sind dem Dokument „T12_Ausfüllhinweise“ zu entnehmen.

Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden den geeigneten Bewerbern die Vergabeunterlagen für die Angebotsphase zusammen mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe bereitgestellt.

Die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zur Verfügung gestellten Unterlagen sind für eine Teilnahmeentscheidung ausreichend.

1.2 Unterschrift / Signatur des Teilnahmeantrages

Bei Einreichung des Teilnahmeantrages sind die folgenden Signaturvarianten zugelassen:

- Elektronisch in Textform (einfache Signatur)
- Fortgeschrittene elektronische Signatur
- Qualifizierte elektronische Signatur

Bei Verwendung der elektronischen Unterschrift in Textform ist sowohl der Name der Firma als auch der Name der unterzeichnenden Person anzugeben.

Alle weiteren Angaben zum Teilnahmewettbewerb entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Teilnahmeantragsformular (T01_Teilnahmeantrag_25-2000064201).

2 Verfahrensablauf Teilnahmewettbewerb

Zunächst fordert die Deutsche Bundesbank, nachfolgend Auftraggeber genannt, eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen auf. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben.

Die Teilnahmeunterlagen können über das Deutsche Vergabeportal (DTVP) ohne Registrierung abgerufen werden.

Fragen in der Teilnahmephase sind in Form von Bewerberfragen im Kommunikationsbereich der DTVP einzureichen.

2.1 Prüfung der Teilnahmeanträge

Mit dem Teilnahmeantrag übermittelt der Bewerber die vom Auftraggeber geforderten Unterlagen zur Prüfung seiner Eignung.

Nach Ablauf der Teilnahmefrist werden zunächst diejenigen Bewerber ermittelt, deren Teilnahmeanträge die formalen Voraussetzungen erfüllen (formale Prüfung).

Bewerber, deren Teilnahmeanträge alle formalen Kriterien erfüllen, werden anhand der geforderten Nachweise, Erklärungen und Dokumente auf das Vorliegen von Ausschlussgründen, auf ihre Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, auf ihre wirtschaftlich-finanzielle und auf ihre technische-berufliche Leistungsfähigkeit sowie auf ihre Zuverlässigkeit geprüft.

Auftragnehmer und deren Unterauftragnehmer (sofern vorhanden) müssen wirtschaftlich gesunde, leistungsfähige Unternehmen sein, welche die geforderten Leistungen erbringen können. Bewerber müssen ihre Eignung zur Durchführung der gestellten Aufgaben nachweisen.

Der Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen erfolgt für Bewerber/alle Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft/Nachunternehmer/Unterauftragnehmer über die Eigenerklärung zur Eignung (Vordruck 11078 II – T02) sowie die Eigenerklärung Russlandsanktionen (T06).

Nach Prüfung der formalen Voraussetzungen und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen erfolgt die Prüfung, ob die Mindestanforderungen / Ausschlusskriterien (A-Eignungskriterien) vollumfänglich erfüllt sind, vgl. die Eignungsmatrix (T03).

2.2 Bewertung der Teilnahmeanträge

Im Anschluss erfolgt eine Bewertung der Teilnahmeanträge der verbliebenen Bewerber.

Der Auftraggeber kann anhand der Bewertung eine Begrenzung der Anzahl der geeigneten Bewerber auf maximal fünf Bewerber vornehmen. Sofern weniger als fünf Bewerber verbleiben, wird das Vergabeverfahren mit den verbliebenen Bewerbern fortgeführt.

Sofern mehr als fünf geeignete Bewerber vorhanden sind, entscheidet die erreichte Punktzahl (Eignungspunkte), die sich aus der Eignungsmatrix (vgl. T03 Eignungsmatrix) anhand der Bewertungskriterien zur Eignung (B-Eignungskriterien) unter Berücksichtigung der Gewichtung ergibt.

Danach können bei den B-Eignungskriterien maximal 337 Punkte erreicht werden. Durch Addition über alle B-Kriterien wird die Eignungspunktzahl errechnet.

Teilnahmeanträge, die nicht die Mindestpunktzahl in der Eignungsmatrix (T03) (mind. 180 Punkte) und in der Skillmatrix (T05) (mind. 180 Punkte) erreichen, werden ausgeschlossen (vgl. zu Mindestanforderungen an die Qualität: EuGH, Urt. v. 20.9.2018 – C-546/16 – „Monte SL“; VK Bund, Beschl. v. 16.4.2018 VK 1-21/18).

Die B-Eignungskriterien zusammen mit der Punkteskala sowie weiteren Informationen zur Bewertung sind der Eignungsmatrix (T03) und den Eignungskriterien (T04) zu entnehmen.

3 Weitere Regelungen zur Eignung und zum Teilnahmewettbewerb

3.1 Feststellung der Eignung von Bewerbergemeinschaften

Am Vergabeverfahren können sich auch Bewerbergemeinschaften beteiligen. Für die Erklärung zur Bildung einer Bewerbergemeinschaft ist der Vordruck 11031 (T07) entsprechend zu verwenden. Ergänzend soll per Eigenerklärung angegeben werden, welche spezifischen Aufgabenbereiche bzw. Teilleistungen das einzelne Mitglied der Bewerbergemeinschaft im Auftragsfall übernehmen wird.

Für die Bewerbergemeinschaft wird geprüft, ob die Eignung unter Berücksichtigung der Angaben der einzelnen Mitglieder insgesamt vorliegt - soweit nicht ausdrücklich einzelne Eignungsnachweise zwingend durch jedes Mitglied zu erbringen sind.

Die Bewerbergemeinschaft hat die Eignung auch für jedes ihrer Mitglieder nachzuweisen. Dazu hat jedes Mitglied die Eigenerklärung zur Eignung (Vordruck 11078 II – T02) sowie die Eigenerklärung Russlandsanktionen (T06) mit dem Teilnahmeantrag ausgefüllt einzureichen.

Die Änderung der Zusammensetzung einer Bewerbergemeinschaft ist nach Ablauf der Teilnahmefrist nur aus wichtigem Grund (z. B. Insolvenz oder Auflösung von den an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Unternehmen) zulässig. Sie ist dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen und bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers. Das Unternehmen, das in die Bewerbergemeinschaft aufgenommen werden soll, wird zunächst durch den Auftraggeber nach Maßgabe der Eignungskriterien geprüft. Der Auftraggeber darf dem Eintritt eines neuen Mitgliedes einer Bewerbergemeinschaft widersprechen, wenn Zweifel an dessen Eignung bestehen.

3.2 Feststellung der Eignung von Unterauftragnehmern

Für die Einbindung von Unterauftragnehmern (synonym: Nachunternehmern) ist die Angabe erforderlich, welche Aufgabenbereiche bzw. Teilleistungen von einem Unterauftragnehmer erbracht werden sollen. Hierfür ist das Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen (Vordruck 11029 c – T08) zu verwenden.

Der Bewerber hat die Eignung für die an einen Unterauftragnehmer übertragenen Aufgabenbereiche auch für die vorgesehenen Unterauftragnehmer nachzuweisen. Ein Unterauftragnehmer hat dafür folgende Nachweise/Eigenerklärungen vorzulegen:

- Eigenerklärung zur Eignung (Vordruck 11078 II – T02)
- Eigenerklärung Russlandsanktionen (T06)
- Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Vordruck 11029 d – T09)

Eine vollständige Durchführung des Auftrags durch den oder die Unterauftragnehmer im Namen des Bewerbers ist nicht zulässig. Dies führt zum Ausschluss aus dem Ausschreibungsverfahren.

Der Bewerber muss sicherstellen, dass ein Unterauftragnehmer die Leistungen nicht ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung des Auftraggebers weitervergibt.

Der geplante Einsatz von Unterauftragnehmern nach Ablauf der Teilnahmefrist darf nur aus wichtigem Grund geändert werden (z. B. Insolvenz oder Auflösung eines Unterauftragnehmers). Die Änderung ist dem Auftraggeber unverzüglich unter Nachweis der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des neu hinzutretenden Unterauftragnehmers

mitzuteilen und bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers. Der geplante Einsatz/Austausch hat eine Eignungsprüfung des neuen Unterauftragnehmers zur Folge. Der Auftraggeber darf dem Eintritt eines neuen Unterauftragnehmers widersprechen, wenn Zweifel an dessen Eignung bestehen.

3.3 Feststellung der Eignung bei Eignungsleihe

Greift ein Bewerber für den Nachweis seiner wirtschaftlich-finanziellen und/oder seiner technisch-beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen zurück, so ist durch eine Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachzuweisen, dass dem Bewerber die für diesen Auftrag erforderlichen Kapazitäten durch das eignungsleihende Unternehmen tatsächlich zur Verfügung stehen bzw. gestellt werden. In diesem Fall ist die Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Vordruck 11029 d – T09) ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Zudem muss das eignungsleihende Unternehmen seinerseits geeignet sein (siehe Kapitel **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** Feststellung der Eignung von Unterauftragnehmern) und die geforderten Eignungskriterien tatsächlich erfüllen. Das eignungsleihende Unternehmen unterliegt sowohl der wirtschaftlich-finanziellen als auch der technisch-beruflichen Eignungsprüfung im Umfang der zu erbringenden Leistungen. Eine entsprechende Eigenerklärung zur Eignung (Vordruck 11078 II - T02) ist einzureichen.

Werden Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch genommen, so haften der Bewerber und das eignungsleihende Unternehmen für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemeinsam. Das eignungsleihende Unternehmen unterliegt der Eignungsprüfung im Umfang der zu erbringenden Leistung. Für das eignungsleihende Unternehmen sind je nach Umfang der Eignungsleihe die erforderlichen Nachweise/Eigenerklärungen vorzulegen.

Werden die Anforderungen an die Eignung nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe vor, so hat der Bewerber das eignungsleihende Unternehmen zu ersetzen (§ 47 Abs. 2 S. 2 VgV). Wird das eignungsleihende Unternehmen nicht ersetzt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

3.4 Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich unter Beachtung des § 56 Abs. 2 und 3 VgV vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen bis zum Ablauf einer von der Vergabestelle gesetzten Einreichungsfrist nachzufordern oder aufzuklären. Die Bewerber haben keinen Anspruch auf Nachforderung/Nachreichung oder Aufklärung von Unterlagen.

3.5 Kostenerstattung

Für die Erstellung des Teilnahmeantrages sowie die Beteiligung am Teilnahmewettbewerb wird keine Vergütung gewährt. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass sich das Vergabeverfahren verzögert bzw. die Bindefrist verlängert oder das Vergabeverfahren aufgehoben wird. Mit Abgabe des Teilnahmeantrages verzichten die Bewerber auf die Geltendmachung entstandener sowie evtl. entstehender Kosten.

3.6 Wettbewerbsbeschränkende Absprachen / Mehrfachbeteiligung

Teilnahmeanträge von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Verfahren an einer den Wettbewerb beschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Beteiligung eines Bewerbers bzw. eines Mitgliedes einer Bewerbergemeinschaft auch als Mitglied an einer weiteren Bewerbergemeinschaft, die ein konkurrierendes Angebot einreicht, dies bei unzulässiger wettbewerbsbeschränkender Abrede zum Ausschluss der Angebote führen kann. Dies gilt entsprechend für die Beteiligung eines Unterauftragnehmers bei mehreren Bewerbern oder Bewerbergemeinschaften.

4 Ausblick Angebotsphase

4.1 Ablauf der Angebotsphase

Die Verhandlungs- bzw. Angebotsphase gliedert sich in folgende Schritte bzw. Unterphasen:

- (1) Erstangebote mit Bewertungen inkl. verifizierendem Fachgespräch
- (2) Verhandlungsrunde(n)
- (3) Finale Angebotsphase

Schritt (1) – Erstangebote mit Bewertungen inkl. verifizierendem Fachgespräch

Zu Beginn der Angebotsphase (Stufe 2 des Vergabeverfahrens) werden die entsprechend dem Ergebnis des Teilnahmewettbewerbs geeigneten und ggf. ausgewählten Bieter aufgefordert, ein erstes Angebot (Erstangebot) abzugeben. Das Angebot erfolgt auf Basis der Leistungsbeschreibung (B1) mit Anhängen (B1.1 und B1.2) sowie des Preisblatts (C3 Anlage 2) und der Anforderungen an das Konzept des Bieters inklusive dessen Bewertung (B4 Anlage 4), welche den nach dem Teilnahmewettbewerb verbliebenen Bietern mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt werden.

Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe werden auch Termine für ein Webinar bekanntgegeben. In diesem Webinar werden den Bietern die Wartungskalender 2026 und Security Patch-Kalender 2026 vorgestellt. Die Teilnahme an dem Webinar ist nicht verpflichtend.

Fragen in der Angebotsphase sind in Form von Bieterfragen im Kommunikationsbereich der DTVP einzureichen.

Details zum Ablauf sowie zur Bewertung der Angebote sind dem Dokument „A4_Zuschlagskriterien und Verfahrensablauf_25-2000064201.pdf“ zu entnehmen.

Verifizierendes Fachgespräch

Nach der Angebotswertung wird mit den Bietern jeweils ein verifizierendes Fachgespräch geführt.

Hinweis: Wir weisen darauf hin, dass das Fachgespräch keine Verhandlung darstellt und Änderungen oder Ergänzungen des Angebots nachträglich in diesem Rahmen nicht zulässig sind. Auf eine Firmenpräsentation ist zu verzichten.

Im Fachgespräch werden die Anforderungen gemäß Leistungsbeschreibung überprüft.

Hinweise für Bieter: Die Teilnahme am Fachgespräch ist verpflichtend. Ein Nichterscheinen kann zum Ausschluss aus dem Verfahren führen. Das verifizierende Fachgespräch darf nicht durch Vertriebsmitarbeitende geführt werden, sondern ist durch die in der Leistungsbeschreibung, Kap. 5.11.2, geforderten Schlüsselpositionen durchzuführen. Diese sind durch maximal 3 unter Kap. 5.11.3 Spiegelstrich 1, genannten Positionen (also Produktexperten für eines oder mehrere der 5 Produkte mit 10 Punkten in der T05_Skillmatrix) zu ergänzen. Für die Fachgespräche ist eine Dauer von ca. 2 Stunden vorgesehen. Die Fachgespräche sind voraussichtlich in KW 41-44 vor Ort vorgesehen; eine Durchführung im Remote-Format bleibt vorbehalten. Bitte merken Sie sich vorgenannten Zeitraum vor. Weitere Informationen zu Ort, Zeit und Ablauf des Fachgesprächs werden mit der Einladung zum Fachgespräch eine Woche vor dem Termin zur Verfügung gestellt.

Schritt (2) – Verhandlungsrunde(n)

Schritt (2) besteht aus der Durchführung und dem Abschluss der Verhandlungsrunde/n. Der Auftraggeber verhandelt mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Die in den einzelnen Verhandlungen erarbeiteten Ergebnisse werden in ggf. überarbeiteten und präzisierten Vergabeunterlagen (Leistungsbeschreibung (B1) mit den zwei Anhängen (B1.1 und B1.2), Preisblatt (C3 Anlage 2 zum Vertrag), Bewertungsmatrix (B5 Anlage 4 zum Vertrag) mit dem Dokument Anforderungen an das Konzept des Bieters inklusive dessen Bewertung (B4 Anlage 4 zum Vertrag), Vertrag (C2) zusammengefasst und sämtlichen verbliebenen Bietern zur Verfügung gestellt.

Schritt (3) – Finale Angebotsabgabe

Im letzten Schritt werden die verbliebenen Bieter auf Grundlage einer eventuellen „finalen Leistungsbeschreibung“ aufgefordert, ein verbindliches finales Angebot (sog. Best and Final Offer) abzugeben.

4.2 Zuschlagskriterien (s. „A4_Anlage 4_zum EVB-IT Servicevertrag_Zuschlagskriterien und Verfahrensablauf_25-2000064201.docx)

Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb hat die Beauftragung eines Wirtschaftsteilnehmers zum Ziel. Der Zuschlag wird hierbei auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Das wirtschaftlichste Angebot wird auf Basis der *erweiterten Richtwertmethode* gemäß UfAB 2018.04 (April 2018)¹ mit einem **Schwankungsbereich von 20%** ermittelt. Das maßgebliche Entscheidungskriterium ist das Angebot mit den meisten **Leistungspunkten**.

Aus allen wertbaren Angeboten wird eine Kennzahl Z aus dem Quotienten von Leistungspunkten L und Angebotspreis P gebildet:

$$Z = L / P.$$

Das Angebot mit der höchsten Kennzahl wird zum führenden Angebot.

Aus allen Angeboten mit einer Kennzahl, die innerhalb des Schwankungsbereichs (20% kleinere Kennzahl als die Kennzahl des führenden Angebots) liegen und dem führenden Angebot (Angebot mit der höchsten Kennzahl) wird das wirtschaftlichste Angebot mittels des vorgegeben Entscheidungskriteriums bestimmt. Da das Entscheidungskriterium die Leistungspunkte ist, erhält das Angebot, das innerhalb des Schwankungsbereichs die höchste Leistungspunkte hat, den Zuschlag.

4.3 Vergabeunterlagen in der Angebotsphase

Der Auftraggeber stellt die Vergabeunterlagen für die Angebotsphase bereits in der Teilnahmephase über den Projektraum des Verfahrens auf der Vergabeplattform DTVP zur Verfügung.

Die Unterlagen dienen der Information der Bewerber und stehen unter dem Vorbehalt von Änderungen, Ergänzungen und Konkretisierungen im weiteren Verlauf des Verhandlungsverfahrens.

Maßgeblich für die Angebotsabgabe sind die mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe final zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen.

Da es sich um ein Verhandlungsverfahren handelt, stehen die Leistungsbeschreibung (außer Kapitel 4 und 5.11.2 und 5.11.3), die Bewertungsmatrix und der Vertrag mit Anlagen unter Änderungs- und/oder Ergänzungsvorbehalt.

4.4 Vorbehalte gemäß § 17 Absätze 11 und 12 VgV

Die Deutsche Bundesbank behält sich gemäß § 17 Absatz 11 VgV vor, den Zuschlag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlung mit den Bietern zu treten. Es ist ein verbindliches Erstangebot abzugeben.

Die Deutsche Bundesbank behält sich gemäß § 17 Absatz 12 VgV vor, die Zahl der Angebote im Verhandlungsverfahren (vgl. die Schritte (1) und (2) im Kapitel 4.1) zu verringern.

¹ s. dazu Kap. 4.2.4 in: [UfAB - Unterlage für Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen](#)